

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin-Peter Houscht

Dokumentationen über 'Chittagong Hill Tracts' (CHT) veröffentlicht

Die 'Chittagong Hill Tracts' Kommission hat im April den zweiten Folgeband des Berichts 'Life is not ours. Land and human rights in the Chittagong Hill Tracts' veröffentlicht. Die Kommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ereignisse in den CHT zu dokumentieren und durch Weiterleitung der Informationen an verschiedene Regierungen Druck auf die Regierung in Dhaka auszuüben, um eine baldige Lösung der Probleme in den 'Hill Tracts' Bangladeshs zu erzielen. Der nun vorliegende Fortsetzungsbericht dokumentiert die Ereignisse in den CHT zwischen 1992 und März 1994 sowie insbesondere die unternommenen Friedensanstrengungen.

Der Bericht verweist auf die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen durch die Regierungstruppen, trotz eines Waffenstillstandes zwischen diesen und der 'Jana Samhati Samiti (JSS), die offizielle Vertretung der in den CHT lebenden indigenen Völkern. Seit Aufnahme der Verhandlungen im November 1992 sind, so der Bericht, keine entscheidenden Fortschritte erzielt worden, wobei die Regierung die Verantwortung für diesen Umstand trägt. Nach wie vor dringen unter dem Schutz der Regierungstruppen bengalische Siedler in das Heimatgebiet der 'Jumma people' ein und berauben diese ihrer Existenzgrundlagen. Die Regierung unter Premierministerin Khaleda Zia hat eine Umsiedlung der bengalischen Siedler aus den CHT strikt abgelehnt und befindet sich mit dieser Weigerung im scharfen Kontrast zu einer Hauptforderung innerhalb des dreizehn Punkte umfassenden Forderungskataloges der JSS. Viele Geberländer, so der Bericht weiter, haben zwar die Wahrung der Menschenrechte zu einer Bedingung für Hilfeleistungen erhoben, lassen den Worten indes keine Taten folgen. Bislang wurde kein Junktim zwischen der Gewährung von Hilfe und einer schnellen Lösung der CHT Krise geknüpft. Die Gelder fließen weiter und helfen der Regierung, das riesige Aufgebot an Soldaten in

den CHT zu unterhalten. Die Geberländer werden aufgefordert, ihre Politik gegenüber Bangladesh zu ändern, die Rechte der indigenen Völker zu schützen beziehungsweise diese einzuklagen (der vollständige Bericht kann über das Südasienbüro bezogen werden. Bitte DM 10,- für Fotokopien und Versand in Briefmarken oder als Scheck beifügen).

Auch die 'Commission for Justice and Peace' in Dhaka hat soeben einen neuen Bericht zur Lage in den Chittagong Hill Tracts aufgelegt ("An Account of Human Rights Violations in the Chittagong Hill Tracts, Bangladesh"). Er beschäftigt sich mit der Situation dort zwischen Juli 1992 und Dezember 1993 (Bezug Südasienbüro. Preis: 10,- DM).

Frauen und NROs unter Druck islamischer Geistlicher

Die zunehmende Zahl an von islamischen Geistlichen ausgesprochenen fatwa's (= religiöse Dekrete) gegen Frauen sowie die Agitation gegen die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen schlägt hohe Wellen. 73 Intellektuelle unter

Führung der 80-jährigen Dichterin Sufia Kamal haben in einer Erklärung die Regierung scharf angegriffen, weil sie es unterläßt, die Angriffe islamischer Geistlicher auf Frauen und Entwicklungsprojekte zu unterbinden. Auf die Empörung von Frauenrechtsorganisationen in Dhaka wurde bislang ebensowenig reagiert. Sowohl die Regierung unter Khaleda Zia als auch die oppositionelle 'Awami-League', der ebenfalls eine Frau vorsteht, halten sich zurück.

Nach Berichten sind bereits annähernd 1.500 von BRAC - eine große Nichtregierungsorganisation (NRO) - erbaute Schulen beschädigt worden, einige davon schwer. Frauen, die Mitarbeiterinnen von NRO-Projekten sind, werden sozial ausgegrenzt, angegriffen und sehen sich, wie der Fall Nojimon zeigt, unter Umständen einer unerwarteten Scheidung ausgesetzt. Die 37-jährige BRAC-Mitarbeiterin Nojimon arbeitet in einem Seidenraupenzucht-Projekt. Ihre Arbeit und ihr freundlicher Umgang mit den männlichen Vorgesetzten reichten aus, um ihre Ehe zu zerstören. Ihr Mann sprach eines Nachts, für sie völlig überraschend, das dreimalige talaq



Islamische Traditionalisten gegen Frauen und NGOs (Foto: Walter Keller)

aus (= eine islamische Scheidungsformel; nach islamischen Eherecht reicht es zur Scheidung aus, wenn der Mann sie dreimal ausspricht). Bereits 1961, als Bangladesh noch Ostpakistan hieß, verbat das 'Muslim Family Law Ordinance' zwar das Konzept der 'drei talaqs', doch das Problem liegt in der mangelnden Rechtsdurchsetzung. Werden Ehemänner wirklich einmal verurteilt, so sind die Strafen lächerlich gering.

Die Brisanz des Nojimon-Falles liegt nun darin begründet, daß der Ehemann ein Dekret von einem lokalen Geistlichen bekam, das die Aufforderung enthielt, sich von der "widerspenstigen" Frau scheiden zu lassen. Dies wiederum fügt sich in eine Kampagne der Geistlichen gegen die Arbeit der NROs ein. Ein (nicht neuer) Vorwurf lautet, die NROs würden moslemische Frauen dazu motivieren, den Schleier abzulegen.

Die Kampagne ist vor dem Hintergrund eines Interessenkonflikts, in den auch die ländliche Machtstruktur Bangladeshs hineinspielt, zu sehen. Die religiösen Führer haben eine Machtstellung im Dorf; ihre religiöse Dekrete werden als vom Allmächtigen kommend interpretiert, demnach ist ein Sich-Widersetzen undenkbar. Die NROs sind es nun, die direkt oder indirekt diese Position unterminieren, zum Beispiel indem sie Bildungs- und Ausbildungsprojekte starten und damit einen Beitrag zur Aufklärung und Mündigkeit leisten. So nimmt es nicht wunder, daß gerade Schulen im Brennpunkt geistlicher Agitation stehen. Schon heißt es, die Schüler würden durch die westlichen Geber zu Christenkindern erzogen.

Es bleibt abzuwarten, ob die BNP-Regierung auf den Hilferuf der 700 NROs umfassenden 'Association of Development Agencies of Bangladesh' (ADAB) reagiert. Nicht vergessen werden sollte, daß das Gros der fatwa's sich gegen die armen Frauen richtet, die nur selten Möglichkeiten der Artikulation haben. Die Schuld der Frauen besteht darin, daß sie das Haus verlassen, um in der Regel das Geld zum Leben zu verdienen. Insbesondere im Bogra-Distrikt werden regelmäßig fatwa's ausgerufen. Obwohl ein kürzlich ergangenes Gerichtsurteil die Initiatoren einer fatwa bestrafte, werden weitere Dekrete erlassen, werden vermutlich noch viele Frauen infolge eines solchen Dekrets gesteinigt oder gedemütigt.

Europäisches Parlament verurteilt militant religiöse Kräfte

Das Europäische Parlament verabschiedete Ende April eine Resolution, welche die Morddrohungen gegen die junge bangladeschische Schriftstellerin Taslima Nasreen sowie die flagranten Verletzungen der Rechte der Frauen in Bangladesh verurteilt.

Vor allem das Schicksal Taslima Nasreens (siehe dazu auch 'Südasiens' 1-2/94 und 3/94) hat auch im fernen Europa für Aufsehen gesorgt. Dabei ist die von islamischen Traditionalisten gegen sie ausgesprochene Morddrohung nur ein Glied in der Kette von massiven Verletzungen gegen die Rechte der Frauen (siehe obige Kurzmeldung). Fast täglich berichten bangladeschische Zeitungen über das Schicksal von Frauen, die wegen Nichtzahlung des Brautpreises umgebracht oder wegen angeblicher Nichtbeachtung islamischer Gebote von Geistlichen mit fatwa's belegt werden, und die oft mit körperlicher Züchtigung und/oder sozialer Ächtung einhergehen.

Das Europäische Parlament wendet sich nicht nur gegen die Aktionen dieser militanten Geistlichen, sondern auch gegen die Ignoranz der Regierung, die bis dato nichts gegen diese Kräfte unternommen hat. Demzufolge fordert die Resolution die Regierung in Dhaka auf, "alle Aktionen, die das Leben und Wohlergehen von Frauen im Namen religiöser Überzeugungen und der kulturellen Identität bedrohen, zu verfolgen und hart zu bestrafen." Scharf verurteilt wird in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Regierung im Falle Taslima Nasreens, deren Paß eingehalten wird. Auch ihr Buch 'Lajja', das islamische Traditionalisten verärgert hat, bleibt verboten.

Ein anderer Aspekt der Resolution bezieht sich auf die Kollaborateure zu Zeiten des Befreiungskrieges von 1971. Vor allem die heute wieder zugelassene und drittgrößte Oppositionspartei des Landes, die 'Jamaat-e-Islami', hatte mit Hilfe ihres radikalen Arms, der 'Rajakar-Albadar-Aslams' (RAA), Jagd auf alle vermeintlichen und tatsächlichen Verfechter der Unabhängigkeit gemacht. Noch kurz vor dem Sieg gegen die pakistanische Armee wurden viele führende säkulare Intellektuelle von der RAA ermordet. Der bestgehaßte Mann seit dieser Zeit ist Golam Azam, damaliger Vorsitzender der 'Jamaat-e-Islami', der nach der Nie-

derlage von 1971 nach Pakistan flüchtete, um 1978 wieder nach Bangladesh zurückzukehren, und der - zum Entsetzen vieler - im Dezember 1991 erneut zum Vorsitzenden der 'Jamaat-e-Islami' gewählt wurde.

Das Europäische Parlament hat sich nun - als erstes westliches politisches Organ überhaupt - offiziell auf die Seite des 'Ghatok Dalal Nirmul Committee' gestellt. Dieses Komitee hatte sich 1992 aus Sorge vor der zunehmenden Militanz religiöser Gruppen und aus Protest gegen die Wahl Golam Azams als überparteiliche BürgerInnenbewegung konstituiert und fordert seither "die Verwirklichung der Ziele des Unabhängigkeitskrieges und die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971." In zwei Artikeln der Resolution wird die Regierung Bangladeshs aufgefordert, gegen das 'Nirmul Committee' gerichtete Aktionen zu unterlassen und deren Forderung nach Verhaftung und Anklage der führenden Repräsentanten islamischer Organisationen, die mit der pakistanischen Armee kollaborierten, als gerechtfertigt anzuerkennen.

Mitte Mai hat die Regierung Berufung gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofes eingelegt, das Golam Azam die Staatsbürgerschaft Bangladeshs erneut zuerkannte (er verlor sie 1972). In dieser Frage war es während der letzten Jahre zu großen Kontroversen gekommen. Der Generalstaatsanwalt Aminul Huq erklärte in diesem Zusammenhang, Azam sei nie an der Gründung des Staates Bangladesh interessiert gewesen und könne demnach auch nicht Staatsbürger sein. Azam habe sich zahlreicher Verbrechen schuldig gemacht. Das Gericht solle nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes entscheiden, sondern bei seiner Entscheidung auch berücksichtigen, daß es bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft an einen Verräter auch um eine moralische Frage gehe.

Hoffnung für die Jute-Industrie?

Nachdem der Anteil Bangladeshs an der Welt-Juteproduktion von 80 Prozent auf 27 Prozent gefallen ist und über 50 Prozent der Jutemühlen während der letzten Jahre geschlossen werden mußten, versucht eine neue Initiative, Jute wieder zur 'golden fibre' zu machen. Die Idee, die von der 'Sylhet Pulp Mill' bereits in der Praxis erprobt wird,

dreht sich um die Diversifizierung der Juteverwendung. Konkret: Aus der grünen Jute wird Zellstoff gewonnen, der weiter zu Papier verarbeitet werden soll.

Anstatt jährlich für viele Millionen Taka Papier zu importieren, soll Bangladesh zu einem Papier-Exporteur werden. Ob die circa vier Millionen Beschäftigten in der Juteindustrie Hoffnung schöpfen können und ein geplantes Joint Venture zwischen der 'Bangladesh Chemical Industries Corporation' und den Chinesen tatsächlich der Beginn eines neuen goldenen Zeitalters sein wird, steht indes noch in den Sternen. Die einzige Vereinigung der Jutebauern, die 'Bangladesh Pat Chashi Samity', reagiert sehr skeptisch auf diese jüngste Initiative - aus gutem Grund! Frühere Initiativen, die beispielsweise Jute in Kleider oder Bettdecken verwandeln sollten, verliefen ebenso im Sande wie andere Aktionen. Vor diesem Hintergrund ist die Zurückhaltung der Bauern nur allzu verständlich, ist der Anbau von Jute nicht besonders attraktiv. Dazu kommt noch, daß die Produktionskosten zur Zeit doppelt so hoch sind wie die Erlöse.

Bangladesh: "The People at Kamalapur Railway Station"

Noch bis zum 12. Juni ist im 'Photoforum Pasquart' (Seevorstadt 71, Faubourg du lac, CH 2502 Biel) die Ausstellung des bangladeschischen Fotografen Hasan Saifuddin Chandan zu sehen. Chandan zeigt Fotos, die er während fünf Jahren in und um den Hauptbahnhof von Dhaka aufgenommen hat. Chandan ist einer der wichtigsten Fotografen Bangladeshs. Ein Buch zur Ausstellung kann über das Südasienbüro zum Preis von 30,- DM (einschl. Versand) bezogen werden (62 großformatige s/w-Fotos, 80 Seiten).

Nichtregierungsorganisationen zum 'Flood Action Plan'

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben anlässlich der im April stattgefundenen alljährlichen Zusammenkunft der internationalen Gebergemeinschaft für Bangladesh in Paris sowie mit Blick auf die vermutlich im Juni in Dhaka stattfindende Geberkonferenz gegen den 'Flood Action Plan' (FAP) protestiert und eine Reihe von Forderungen formuliert.

Es wird unter anderem eine Ein-



Hasan Saifuddin Chandan zeigt Fotos, die er während fünf Jahren in und um den Hauptbahnhof von Dhaka aufgenommen hat

stellung jeglicher Baumaßnahmen, Investitionen und Planungen gefordert, solange nicht eine sozio-ökonomische Studie über die Auswirkungen des FAP erfolgt und eine volle Beteiligung der Bevölkerung am Projekt gewährleistet ist. Darüber hinaus soll eine international besetzte unabhängige Kommission eingesetzt werden, mit dem Ziel einer Überprüfung des gesamten Projekts. Freier Zugang zu allen Informationen über zukünftige Umsiedlungen sowie Teilnahme und Rederecht für alle betroffenen Gruppen, NROs, Parlamentarier und andere Interessenvertreter der bangladeschischen Bevölkerung auf der nächsten Geberkonferenz sind

weitere Forderungen der Umwelt- und Entwicklungs-NROs.

Die Proteste gegen diesen umstrittenen Plan zur Wasserbewirtschaftung, der mittlerweile 33 Einzelkomponenten umfaßt, nimmt unterdessen auch auf anderen Ebenen zu. Eine Komponente, die ein Großpolderprojekt in Tangail zum Inhalt hat, zog den Unwillen der lokalen Bevölkerung auf sich. Bauunternehmen setzten sich daraufhin mit angeheuertem Schlägergruppen zur Wehr. Das Europa-Parlament wie auch die Kommission in Brüssel und das UNDP ('United Nation Development Program') haben Bedenken formuliert und fordern ebenfalls eine Studie über die Auswirkungen

des FAP. Ein im Auftrag der niederländischen Regierung angefertigter Evaluierungsbericht spricht sich gar gegen den Bau großangelegter Deichanlagen in ländlichen Gebieten aus. Informationen zufolge haben sich die an der Paris Konferenz beteiligten Geberländer, u.a. auch die Bundesrepublik, nicht mit den Forderungen der NROs in Zusammenhang mit dem FAP beschäftigt (zu ausführlicher Berichterstattung über den FAP siehe auch 'Südasiens', 5-6/93).

Regierungspartei BNP mit großen Problemen

Die Regierung unter Khaleda Zia sieht sich in der Frage um vorgezogene Parlamentswahlen unter der Ägide einer unabhängigen geschäftsführenden Regierung einem wachsenden Druck ausgesetzt. Die führenden Oppositionsparteien, die 'Awami League', die 'Jatiya Party' und die 'Jamaat-e-Islami', haben durch eine Reihe von Demonstrationen, Belagerungen des Regierungsgebäudes und das öffentliche Leben zum Stillstand bringenden Hartals (=Generalstreiks) ihren Kernforderungen Nachdruck verliehen und können sich dabei auf Volkes Stimme berufen.

Nach verschiedenen Umfragen spricht sich die überwältigende Mehrzahl der Bürger (80 Prozent und mehr) dafür aus, zukünftige Wahlen unter einer geschäftsführenden Regierung, also nicht unter der BNP-Regierung, durchzuführen.

Den Hintergrund für diese neue, von den großen Oppositionsparteien gemeinsam vorgetragene Offensive, bilden die Ereignisse um die Nachwahl in Magura am 20. März. Niemand, mit Ausnahme der regierenden 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), glaubt mehr, daß die Ergebnisse dieser Wahl den Volkswillen widerspiegeln. Die BNP hatte die Wahl überraschend gewonnen, nachdem die 'Awami League' dort seit 1954 fast ununterbrochen regiert hatte.

Bereits im Vorfeld war es zu Mißstimmungen gekommen, die ihren Höhepunkt mit der vorzeitigen Heimkehr des Vorsitzenden der Wahlkommission erreichte. Dieser war 13 Stunden vor Abhaltung der Wahl nach Dhaka zurückgekehrt, um dann - nach der Wahl - seinen Unwillen über den Verlauf der Vorbereitungen zu artikulieren, die seines Erachtens eine freie und faire Wahl nicht möglich gemacht haben. Die von Beobachtern geschilderten

Unruhen, die Fälle von Wahlurnen-Entwendungen und Wähler-Einschüchterungen sowie die Widersprüchlichkeit der Ergebnisse führten umgehend zum Protest der Opposition und zur Verabschiedung eines umfangreichen Streikprogramms.

Es spricht viel für die These, daß die Regierung durch die Manipulation der Magura-Wahl ein politisches Eigentor geschossen hat. Die 'Awami-League' wird nicht müde, auf die Parallelen zum Ershad-Regime hinzuweisen. Aufgrund der Faktenlage hat die regierende BNP große Schwierigkeiten, ihr demokratisches Image aufrechtzuerhalten. Als Beispiel für politische Dummheit, womöglich erwachsen aus einer um sich greifenden Nervosität, darf die Vorgehensweise der BNP wohl bewertet werden. Die BNP hätte einen Sieg in Magura für die Machterhaltung nicht benötigt. Vor dem Hintergrund der jüngsten schmerzlichen Niederlagen bei den Kommunalwahlen (siehe auch 'Südasiens', 3/94) brauchte die BNP offensichtlich einen Sieg zur Stärkung der Moral. Nun steht sie moralisch und politisch angeschlagen in der Politarena.

Die bei den Kommunalwahlen im Januar eingesetzte, mit viel Lob von allen Seiten bedachte Wahlkommission, ist der zweite Verlierer der März-Ereignisse. Ihre Ohnmacht zeigte sich nicht zuletzt in den Aussagen ihres Vorsitzenden. Die BNP, die sich bereits seit längerem den Forderungen nach einer Übergangsregierung bei künftigen Wahlen ausgesetzt sieht, hat den Trumpf 'Wahlkommission' leichtfertig verspielt. Bei einer erneuten Profilierung dieses Gremiums hätte die BNP zurecht den Nutzen einer Übergangsregierung in Frage stellen können, der Opposition wäre der Wind aus den Segeln genommen worden.

Der Beginn der 14. Sitzungsperiode des Parlaments am 4. Mai fand ohne die Oppositionsparteien statt. Damit soll der Druck auf die BNP noch verstärkt werden, noch vor den nächsten Wahlen, die für Februar 1996 vorgesehen sind, zurückzutreten. Alle Oppositionsparteien haben außerdem angedroht, auch an den Parlamentsdebatten über den Staatshaushalt im Juni und bei den am 7. Juli stattfindenden Nachwahlen in Bogra nicht teilzunehmen. Bislang zeigt sich diese jedoch unnachgiebig und glaubt, es genüge, eine Stärkung der Rechte der Wahlkommission vorzuschla-

gen. Es spricht einiges dafür, daß der Druck auf die BNP noch zunehmen wird und das sie bald einer Verfassungsergänzung, an deren Wortlaut die Opposition bereits arbeitet, zustimmen wird. Dieses 'Amendment' würde die rechtliche Absicherung der Forderung nach einer Übergangsregierung zu Wahlzeiten ermöglichen beziehungsweise diese verbindlich machen.

Wirbelsturm trifft Bangladesh

Anfang Mai traf mit einer Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometern ein Wirbelsturm auf die beiden südlichen Distrikte Cox's Bazar und Bandarban. Auf annähernd 200 Tote und 17.000 Verletzte beläuft sich die Bilanz. Zum Glück für die Bevölkerung und im Gegensatz zu der verheerenden Katastrophe von 1991 blieb eine Springflut aus. Das an der Grenze zu Myanmar (Burma) gelegene Städtchen Teknaf sowie die Teknaf-Region verzeichneten die größten Schäden und Opfer, vor allem unter den Rohingya-Flüchtlingen, die aus dem myanmarischen Bundesstaat Arkan stammen. Nach offiziellen Quellen sind 95 Prozent der für etwa 200.000 Menschen Platz bietenden 18 Flüchtlingslager zerstört worden. Dank unmittelbar nach Bekanntgabe der Warnungen vor einem Wirbelsturm vollzogener Evakuierungen sowie schneller, effektiver Hilfe nach dem Ereignis, konnte die Zahl der Opfer relativ gering gehalten werden.

Lehrer im Ausstand

Rund 70.000 Lehrerinnen und Lehrer haben im April einen Streik begonnen. Damit wollen sie auf die schlechte finanzielle Ausstattung ihrer Schulen und ihre niedrigen Gehälter aufmerksam machen. Der Streik hat den Betrieb an über 12.000 Grundschulen lahmgelegt und die Regierung in eine Situation gebracht, wo sie zur Abhaltung von Schalexamina im Mai Polizei und paramilitärische Kräfte abstellen mußte. Die Regierung teilte mit, sie könne aus finanziellen Gründen die Forderungen der Bediensteten nicht erfüllen, bot anschließend jedoch eine Erhöhung der Gehälter an, die von den Lehrern als ungenügend zurückgewiesen wurde. Mittlerweile hat Bildungsminister Sircar an die Lehrer appelliert, den Unterrichtsbetrieb wieder aufzunehmen, "um das Bildungssystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren."